



Veranstaltungsort:

Berliner Carré der Sparkasse Osnabrück
(Sparkassen-Hochhaus, 11. Etage,
am Berliner Platz)
Wittekindstr. 15
49074 Osnabrück

Da wir einen Imbiss und Getränke anbieten werden, wird aus organisatorischen Gründen um eine **Anmeldung bis zum 9. Februar 2014** per Mail (wahlkreisbuero@frankhenning.info) oder telefonisch (0541 21440) gebeten.

Zufahrt zum Parkhaus über Schillerstraße!

Kostenloses Parken möglich! Das Parkhaus der Sparkasse in der Schillerstraße kann ohne Bezahlung genutzt werden. Voraussetzung dafür ist eine EC-Karte (egal welcher Bank), die für die Einfahrt genutzt werden muss.



Einladung zur

Betriebsräte- Konferenz

am 19. Februar 2014
von 18 – 20 Uhr

im Berliner Carré der
Sparkasse Osnabrück
**(Sparkassen-Hochhaus,
11. Etage, am Berliner Platz)
Wittekindstr. 15
49074 Osnabrück**





Stephan Soldanski

In der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) engagieren sich Frauen und Männer als Arbeitnehmer, Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte, Jugend- und Auszubildendenvertreter und gewerkschaftliche Vertrauensleute. In vielen Gliederungen der SPD arbeiten lokale AfA-Gruppen

im Interesse der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit. Ein zentrales Standbein unserer Arbeit ist unsere Verankerung in den Betrieben. Über die Betriebsgruppen werben wir für sozialdemokratische Politik in der Arbeitnehmerschaft.

Wir wollen mehr Arbeits- und Gesundheitsschutz im Betrieb, gerechte und existenzsichernde Bezahlung, Schutz vor Diskriminierung und sichere Arbeitsplätze. Wir fordern die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro, die Stärkung der sozial abgesicherten und unbefristeten Erwerbstätigkeit und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die Lohndiskriminierung von Frauen und der Missbrauch von Leiharbeit müssen beendet werden. Wir wollen einen gebührenfreien Zugang zu Bildung von der Krippe bis zur Hochschule, die Stärkung der dualen Berufsausbildung und den Ausbau der Mitbestimmung in den Betrieben.

Für die Betriebsrätekonferenz am 19. Februar 2014 würden wir uns sehr freuen, wenn ihr zahlreich erscheint.

Herzliche Grüße

(Stephan Soldanski,
Vorsitzender der AfA Osnabrück)

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Betriebsräte der Region
Osnabrück,**

ich habe im vergangenen Landtagswahlkampf als Direktkandidat der SPD im Wahlkreis Osnabrück-Ost große Unterstützung von Gewerkschaftern und Betriebsräten der Region Osnabrück erfahren. Ich konnte meinen Wahlkreis mit einem Erststimmenergebnis von über 40% u. a. auch deshalb gewinnen, weil Gewerkschafter und Betriebsräte der Region Osnabrück in einer Anzeigenkampagne die Wählerinnen und Wähler dazu aufgerufen haben, mir ihre Erststimme zu geben.

Diese Solidarität hat u. a. dazu geführt, dass ich die Region Osnabrück heute im Landtag vertreten darf. Ich habe im Wahlkampf zugesagt, dass ich als Gewerkschafter, Personalrat und Genosse gern Euer Ansprechpartner für Arbeitnehmerfragen im Landtag sein will. Gemeinsam mit dem Vorstand der AfA möchte ich Euch zur Betriebsrätekonferenz einladen. Diese soll dazu dienen, dass wir miteinander im Gespräch bleiben und ich erfahre, wo Euch als Arbeitnehmervertreter und -vertreterinnen in den Betrieben der Schuh drückt.

Arbeitnehmerfragen sollen im Zentrum eines zweistündigen Dialogs stehen. Ich will Euch Gelegenheit zu Aussprache und Diskussion geben.

Ich freue mich auf Eure Anregungen und Eure Kritik.

Mit solidarischen Grüßen

(Frank Henning Mdl)



Frank Henning Mdl

Themen der Konferenz (u.a.):

Leih- und Zeitarbeit / Missbrauch von Werkverträgen / Arbeits- und Gesundheitsschutz

Die Themen **Missbrauch von Werkverträgen, Leih- und Zeitarbeit, Mindestlohn** sowie die **Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern und Werkvertragsarbeitnehmern** sollen inhaltlich im Vordergrund stehen.

Ein **Vertreter des Gewerbeaufsichtsamts** wird über die Themen Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Arbeitszeiten, Baustellenüberwachungen sowie über Anforderungen an Betriebsgebäude bzw. Unterbringungsmöglichkeiten von Werkvertragsarbeitnehmern (Raumgröße, Raumtemperatur, sanitäre Mindestanforderungen) berichten.

Ein **Vertreter des Zolls** wird über die Arbeit der „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ und über mögliche Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem öffentlich diskutierten Baustellenskandal der Hochschule Osnabrück informieren. Dabei ging es um die Unterbringung und Nichtbezahlung rumänischer Werkvertragsarbeitnehmer.

Landesvergabegesetz

Das Gesetz sieht unter anderem vor, dass **öffentliche Aufträge** über Bau- und Dienstleistungen, die zum Beispiel von einer Kommune ausgeschrieben werden, nur an jene Unternehmen vergeben werden dürfen, die ihren Beschäftigten einen **Lohn von mindestens 8,50 Euro brutto pro Stunde** zahlen. Durch die Einführung einer verpflichtenden Lohnuntergrenze bei öffentlichen Aufträgen ist es so möglich, dem Lohndumping bei der Auftragsvergabe entgegenzuwirken.